

**Absender
CDU-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0689/2023

öffentlich

Anfrage

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
CDU-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 12.12.2023**

Tagesordnungspunkt

**Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.11.2023
(eingegangen am 12.11.2023) „Auswirkungen durch den
Hackerangriff auf die Südwestfalen-IT auf die Stadtverwaltung“**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 12.11.2023 (eingegangen am 12.11.2023) bittet die CDU-Fraktion um schriftliche Beantwortung von Fragen zur Thematik „Auswirkungen durch den Hackerangriff auf die Südwestfalen-IT auf die Stadtverwaltung“ in der Ratssitzung am 12.12.2023.

Das Schreiben der CDU-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

1. Frage der CDU-Fraktion:

„In welchem Maße ist die städtische kritische Infrastruktur (Sicherheit und Ordnung, Abwasser und Verkehrsinfrastruktur etc.) und Schulen durch die Auswirkung durch den Hackerangriff auf die Südwestfalen-IT in Bergisch Gladbach betroffen?“

Antwort der Verwaltung:

Die städtische kritische Infrastruktur ist momentan nicht von dem Hackerangriff auf die Südwestfalen- IT betroffen, da hier mit autarken, bzw. auf Servern von Dritten liegenden Systemen gearbeitet wird.

Im Bereich der städtischen Schulen bestehen Einschränkungen des Mailverkehrs über die vom Land eingerichtete Mailadresse, dies kann jedoch über die städtisch eingerichteten Mailadressen kompensiert werden. Mittelfristig könnte sich bzgl. der Anmeldungen für die weiterführenden Schulen ein Problem ergeben, da die potenziellen Fünftklässler angeschrieben werden und wir nicht auf die Einwohnermeldedaten zugreifen können. Hier wird bereits an Workarounds gearbeitet.

2. Frage der CDU-Fraktion:

„Welche derzeitigen Auswirkungen hat der Hackerangriff auf die alltägliche Arbeit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?“

Antwort der Verwaltung:

Die Mitarbeitenden der IT-Abteilung arbeiten seit dem Bekanntwerden des Cyber-Angriffs auf die SIT am 30.10.2023 mit Hochdruck daran die Auswirkungen auf die städtische IT-Infrastruktur zu identifizieren, Informationen zu beschaffen und zu verwerten, weiteren Schaden abzuwenden und - soweit möglich - durch technische Lösungen und Workarounds die betroffenen Organisationseinheiten zu unterstützen. Das Tagesgeschäft und die Projektarbeit sind durch die hohe Inanspruchnahme und Arbeitsbelastung nicht unerheblich beeinträchtigt.

Gravierende Auswirkungen ergeben sich insbesondere beim Bürgerbüro und beim Standesamt. Da kein Zugriff auf das elektronisch geführte Melderegister besteht, können im Bürgerbüro nur sehr wenige Dienstleistungen angeboten werden. Dafür stehen die Kolleginnen und Kollegen aktuell sowohl telefonisch als auch per Mail für Hinweise, Abstimmungen, Beratungen und Lösungsmöglichkeiten in Notfällen zur Verfügung und sind zudem gehalten, bereits gebuchte Termine im Zuge von Kontaktaufnahmen mit der Bürgerschaft abzusagen. Auch das Standesamt hat infolge des nicht zur Verfügung stehenden Fachverfahrens keinen Zugriff auf das elektronische Personenstandsregister. In diesem Kontext sind derzeit in aller Regel keine Urkundenausstellungen möglich; lediglich Neugeborenen-Beurkundungen finden (mit einem deutlich höheren Zeitaufwand und aktuell nur analog auf Papierbasis) statt. Gleiches gilt für Bescheinigungen in Sterbefälle. Sämtliche händisch ausgestellten Dokumente müssen später in das elektronische Register nachgepflegt werden, was mit einem neuerlichen Zeitaufwand verbunden ist. Tagtäglich vergrößern sich beim Bürgerbüro, beim Standesamt und auch bei der Gewerbemeldestelle der Ordnungsbehörde die (bereits jetzt markanten) Rückstände infolge des Cyber-Angriffs, die es nach Behebung der aktuellen IT-Probleme sukzessive abzarbeiten gilt.

Bereits In den letzten Jahren hat die Stadt erhebliche Anstrengungen unternommen den Digitalisierungs- und Automatisierungsgrad zu erhöhen. Dies schlägt nun im Rahmen des Hackerangriffs wegen eines hohen – aber normalen – Abhängigkeitsgrades negativ zu Buche. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten täglich und mit erheblichem Aufwand an der Entwicklung und Sicherstellung eines Workarounds um möglichst viele servicerelevante und stadtgesellschaftszentrierte Prozesse aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.

Tatsächlich bereitet die Stadt sich und die nun überwiegend manuellen Prozesse darauf vor, dass diese noch über mehrere Wochen so funktionieren können, dass die Dienstleistungen des Bürgerservices und des Bereiches Finanzen bzw. der Ein- und Auszahlungsverfahren

sichergestellt oder wieder aufgenommen werden können. Die größte Auswirkung auf die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen hat aber die von Seiten der S-IT (nicht) gespeiste spärliche Informationslage und die fehlende Darstellung von Perspektiven oder Wiederherstellungs- und Wiederaufnahmezeitpunkten der Fachverfahren, verbunden mit nicht vorhandenen Aussagen zu den städtischen Daten und deren Nutzbarkeit.

Darüber hinaus ist die Arbeit der Stadtverwaltung auch durch die Probleme bei umliegenden Kommunen und beim Kreis (hier insb. KFZ-Zulassungen) betroffen, da sich die Bürgerschaft mit Beschwerden und der Bitte um Unterstützung an die Stadt wendet.

3. Frage der CDU-Fraktion:

„Hat der IT-Ausfall auch finanzielle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt und lässt sich dieser quantifizieren?“

Antwort der Verwaltung:

Natürlich hat der Ausfall auch Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, der sich momentan aber weder quanti- noch qualifizieren lässt. Es besteht nach jetzigem Stand durchaus die Gefahr das wir Mindereinnahmen (z.B. wegen Verfristung von Forderungen) erzielen und Mehraufwendungen (z.B. höheres Kreditvolumen und damit höhere Zinsbelastung) haben werden. Insbesondere der zusätzliche Personalaufwand zur Abarbeitung von Arbeitsrückständen sowie Datennachpflege ist momentan schwer bezifferbar.

Auch im Bereich der IT-Infrastruktur und dem Einkauf zusätzlicher Dienstleistungen wird ein Mehraufwand entstehen, genauso wie etwaig für die Beauftragung von Sicherheitsdienstleistern zum Schutze der Kolleginnen und Kollegen (insbesondere bei Weiterbestehen der Leistungseinschränkungen) im Bereich der Bürgerservices.

4. Frage der CDU-Fraktion:

„Gibt es in der Verwaltung Überlegungen die städtische IT-Sicherheits- und Digitalisierungsstrategie vor dem Hintergrund des Hackerangriffs auf die Südwestfalen-IT zu überarbeiten?“

Antwort der Verwaltung:

Die Sicherheitsstrategie der Stadt setzt sich aus einer Vielzahl einzelner Maßnahmen zusammen. Diese werden laufend evaluiert und aktualisiert. IT-Sicherheit ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Als Sofortmaßnahmen bei Bekanntwerden der Cyberattacke sind u.a. – neben der unverzüglichen Intensivierung des Scans auf Schadsoftware – eine Aktualisierung der Passwörter aller Mitarbeitenden mit gleichzeitiger Vergrößerung der Passwortlänge, ein weiterer Ausbau der Zweifaktorauthentifizierung sowie der konsequente Rückbau der Nutzung von USB-Sticks umgesetzt bzw. angestoßen worden. Zudem wird das Konzept der Sicherheitstraining für alle Mitarbeitenden überarbeitet. Avisiert ist zudem die zeitnahe Implementierung neuer Hardware zur besseren Absicherung der Datensicherung gegen Ransomware. Aktuell werden bereits die ersten Erkenntnisse aus der Cyberattacke bei der SIT analysiert und die laufende Sicherheitsbewertung eingearbeitet.

Auf eine vertiefende Darstellung der vorhandenen IT-Sicherheitsinfrastruktur soll an dieser Stelle aus Sicherheitsgründen verzichtet werden.